

## Antwort der Regierung auf Schriftliche Anfragen

(Mit Datum der Beantwortung)

### Märzsession 2000

- Maissen (Rabius) betreffend Sanierung der Oberalpstrasse zwischen Trun und Disentis (3. Mai 2000)
- Quinter betreffend Umfahrung Schmitten (Albula) (3. Mai 2000)

#### **Schriftliche Anfrage Maissen (Rabius) betreffend Sanierung der Oberalpstrasse zwischen Trun und Disentis** (Wortlaut Märzprotokoll 2000, Seite 796)

##### *Schriftlicher Bericht der Regierung*

Der teilweise ungenügende Zustand der Oberalpstrasse zwischen Trun und Disentis ist der Regierung bekannt. Daher wurde vor drei Jahren der Ausbau in Rabius innerorts in Angriff genommen. Derzeit sind auf verschiedenen weiteren Abschnitten Projektierungsarbeiten im Gange. Bedingt durch die jüngsten Sparmassnahmen des Bundes im Bereiche des Hauptstrassenausbaus ist eine Terminierung der weiteren Arbeiten zum heutigen Zeitpunkt äusserst schwierig. Neben den laufenden Bauarbeiten an der Umfahrung Flims, welche bis zu einem Drittel des jährlichen Hauptstrassenausbaubudgets beanspruchen, können in den nächsten Jahren in der Surselva nämlich nur noch in sehr beschränktem Umfang weitere Ausbauprojekte realisiert werden. In erster Linie geht es deshalb darum, die sich heute im Bau befindlichen Projekte an der Oberalpstrasse in Sedrun und oberhalb Disentis fertig zu stellen. Im Rahmen der weiteren Prioritätensetzung im kantonalen Hauptstrassenausbau wird jedoch auch der Oberalpstrassenabschnitt Trun - Disentis in die Ueberlegungen mit eingeschlossen. Konkretere Angaben sind derzeit nicht möglich.

#### **Schriftliche Anfrage Quinter betreffend Umfahrung Schmitten (Albula)**

(Wortlaut Märzprotokoll 2000, Seite 800)

##### *Schriftlicher Bericht der Regierung*

Mit grossem Aufwand und teilweise zu Lasten anderer Strassenzüge wurde die Landwasserstrasse Mitte der Siebzigerjahre ausgebaut. Nur wenige Engpässe, gefährliche Strecken und Ortschaften wurden nicht saniert oder umfahren. Dazu gehört in erster Linie auch die enge und zum Teil unübersichtliche Ortsdurchfahrt Schmitten. Da zudem kein Gehweg für die Fussgänger besteht, ist der dringende Wunsch der

Bevölkerung von Schmitten nach einer Entlastung verständlich. Mit der Genehmigung des Entwicklungskonzeptes (EK2) für die Region Mittelbünden, in welchem der Umfahrung Schmitten aus regionaler Sicht erste Priorität beigemessen wird, und mit den seitens des Kantons erbrachten Vorleistungen hat die Regierung das Anliegen für die Umfahrung anerkannt.

Bereits 1982 erfolgte die öffentliche Auflage eines Umfahrungsprojektes. Bis 1988 erfolgte aus programmlichen und finanziellen Gründen keine weitere Bearbeitung des Projektes. Anfangs der Neunzigerjahre wurde das Projekt auf Grund der 1982 eingereichten Einsprachen und Stellungnahmen überarbeitet. Zudem musste gestützt auf die mittlerweile geänderten Rechtsgrundlagen (Umweltschutzgesetz mit den entsprechenden Verordnungen) eine Prüfung der Umweltverträglichkeit durchgeführt werden. Die Arbeiten für die Projektüberarbeitung und den abschliessenden Voruntersuchungsbericht zur Umweltverträglichkeit wurden im August 1994 abgeschlossen.

Bedingt durch die finanziellen Möglichkeiten sowohl beim Bund wie auch beim Kanton, wurde bis zum heutigen Zeitpunkt auf die öffentliche Planaufgabe des überarbeiteten Umfahrungsprojektes verzichtet. Hinsichtlich der Realisierungschancen der Umfahrung Schmitten gilt es nämlich zu berücksichtigen, dass mit den Umfahrungen Klosters und Flims die zwei grössten je in Angriff genommenen Hauptstrassenprojekte in Graubünden im Bau sind. Ein drittes Vorhaben - die Umfahrung Saas - wird über einen längeren Zeitraum zusätzlich erhebliche finanzielle Mittel beanspruchen. Daher dürfte es schwierig sein, in den übrigen Regionen im Laufe der nächsten Jahre, d.h. bis zum Abschluss der genannten Grossprojekte weitere, auch nur mittelgrosse Umfahrungsprojekte zu realisieren. Das Schwergewicht muss vielmehr auf der Erhaltung des bestehenden Netzes kombiniert mit einem massvollen, kontinuierlichen Ausbau liegen.

Aus diesen Gründen ist es der Regierung derzeit leider nicht möglich, konkrete Terminangaben für die öffentliche Auflage, die nächsten Projektierungsschritte sowie einen Baubeginn bekannt zu geben. Daher verzichtet die Regierung auch darauf, im Budget 2001 finanzielle Mittel für die weitere Bearbeitung dieses Umfahrungsprojektes bereitzustellen.